FS-12-033-2 Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

Antragsteller*in: Ursula Hertel-Lenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)

Änderungsantrag zu FS-12

Von Zeile 32 bis 34 einfügen:
Gleichzeitig werden wir von unseren tiefsten Überzeugungen als Friedenspartei nicht abrücken. Die Unterstützung der Ukraine bei der Verteidigung ihrer territorialen Integrität und Souveränität ist zentral; zugleich gilt es, eine Ausweitung des Krieges auf weitere Staaten oder eine atomare Katastrophe zu verhindern – einen Unfall auf Grund von Kampfhandlungen in einem Atomkraftwerk wie Saporischschja, einen Atomkrieg aus Versehen infolge eines Fehlalarms oder auch den möglichen Einsatz von taktischen Atomwaffen durch Russland im Falle seiner drohenden Niederlage.

Nach mehr als sieben Monaten Krieg und nach verschiedenen Gipfeltreffen von EU, G-7, NATO und G-20 sollten nun auch, neben den Waffenlieferungen und Sanktionen, Vorbereitungen für einen international abgestimmten und multilateral getragenen Verhandlungsprozess beginnen. Zum Beenden des Krieges ist eine diplomatische Lösung notwendig. Diese darf jedoch nicht auf Kosten der Ukraine gehen. Sollte es in der nächsten Zeit – auch infolge der erfolgreichen Offensive der Ukraine gegenüber den russischen Truppen - zu einer militärischen Pattsituation kommen, könnte sich ein Zeitfenster für Verhandlungen öffnen, das genutzt werden muss. Im ersten Schritt ginge es um einen Waffenstillstand, im zweiten Schritt um einen Friedensvertrag; der vollständige Rückzug der russischen Truppen aus allen ukrainischen Gebieten sowie die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine wären klare Bedingungen.

Begründung

Das Ziel einer diplomatischen Lösung fehlt in dem Antrag des Bundesvorstands.

Perspektivisch ist aber die Ko-Existenz der europäischen Staaten mit der Russischen Föderation alternativlos.

Im Grundsatzprogramm S. 106, Nr. 393 heißt es:

„Diplomatische Initiativen, Mediation und UN-Friedenseinsätze können Gewalt eindämmen und Voraussetzungen für Friedensprozesse schaffen.“

weitere Antragsteller*innen

Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Maria Regina Feckl (KV Erding); Martin Forberg (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Daniel Dressler (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Tabitha Elkins (KV Fürth-Land); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Frédéric Zucco (KV Augsburg-Stadt); Thomas Mohr (KV München); Michael König (KV Nienburg); Berti Furtner-Loleit (KV München); Andreas Diebold (KV Heidelberg); Simon Lissner (KV Limburg-Weilburg);

Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Claudia Laux (KV Ahrweiler); Ulrike Bues (KV Pinneberg); Andreas Müller (KV Essen); sowie 34 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.